

## **Antrag**

**der Abg. Lars Patrick Berg u. a. AfD**

### **Kostensteigerung der Polizeireform**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sich die Diskrepanz der unterschiedlichen Kostensteigerungsmeldungen (einerseits von 71 auf 120 Millionen, andererseits von 100 auf 204 Millionen) erklärt und welche Zahlen die zutreffenden sind;
2. warum das Finanzministerium erst jetzt aufgrund der guten Konjunktur- und Auslastungslage der Bauindustrie einen Kostenpuffer einkalkuliert, nachdem schon vorher offensichtlich war und auch von den Fachverbänden so kommuniziert wurde (für viele „Bundesbaublatt 1-2/2018“), dass der Auslastungsgrad seit 2009 sowohl im Bauhaupt- als auch im Ausbaugewerbe stetig zunehme, was für eine deutliche Zunahme der Baupreise Sorge, da sowohl Arbeitskosten wie auch Materialpreise gestiegen seien;
3. warum das Finanzministerium nicht schon durch das offensichtliche Negativbeispiel der Kostensteigerungen bei „Stuttgart 21“ zur frühzeitigen Kalkulation eines Kostenpuffers auch für die Baumaßnahmen der Polizeireform veranlasst worden war;
4. wie viele zusätzliche Personalstellen für welche Zwecke der Innenminister angemeldet hat, die zur Kostensteigerung beitragen und die nicht schon 2017 bekannt gewesen sind;
5. in dem Zusammenhang, ob die 479 Personalstellen im Haushalt 2020/21 für 50 Millionen Euro 2017 noch nicht in die Kostendarstellung eingegangen waren und wofür diese vorgesehen sind;
6. warum der Innenminister in die Kostensteigerungen für die Umsetzung der Evaluation auch solche Kosten einrechnet, die auch ohne die Umsetzung entstanden wären, als da laut Stuttgarter Nachrichten die Kosten für das Revier in Calw oder das Einsatztrainingszentrum Mühlhausen-Ehningen wären;
7. wie viele Planstellen für die „aufwendige Überwachung von islamistischen Gefährdern“ in den Personalanforderungen enthalten sind (die dafür zuständigen Polizeidienststellen, bzw. das Landeskriminalamt dürften diese konkreten Anforderungen beziffert haben);
8. wie viele Anlagen zur Geschwindigkeitsmessung nunmehr neu angeschafft werden sollen, die 2017 noch nicht bekannt waren;
9. ob bei der Anschaffung von Geschwindigkeitsmessstellen – und zwar getrennt für stationäre und mobile – eine Wirtschaftlichkeitsberechnung angestellt wird, ob die zu erwartenden Bußgelder die Investitionskosten und Personalkosten decken, wie dies bei der Entscheidung der kommunalen Straßenverkehrsämter für oder gegen zusätzliche Geschwindigkeitsmesstrupps gang und gäbe ist;
10. welche Mängel sie bei der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit identifiziert haben will, welche eine Aufstockung des dafür notwendigen Personals notwendig machen;

11. ob sie die Aufstockung der Personalstärke bei der Öffentlichkeitsarbeit nutzen wird, um diese Arbeit bürgerfreundlicher zu machen, beispielsweise durch Nennung des Migrationshintergrunds von Straftätern.

10.07.2018

Berg, Rottmann, Dürr, Palka, Dr. Grimmer AfD

### Begründung

Den Stuttgarter Nachrichten vom 30. Juni 2018 war unter der Überschrift „Waren höhere Kosten absehbar? SPD sieht Öffentlichkeit getäuscht“ zu entnehmen, dass die Korrekturen an der Polizeistrukturereform anstatt 71 Millionen 120 Millionen Euro kosten sollen. Grund seien zusätzlicher Stellenbedarf – zum Beispiel für Öffentlichkeitsarbeit und die „aufwendige Überwachung von islamistischen Gefährdern“ –, Baumaßnahmen und technische Ausrüstungen wie Foto- und Funktechnik und Geschwindigkeitsmessanlagen.

Am 2. Juli 2018 legten die Stuttgarter Nachrichten mit der Überschrift „Opposition: Strobl verbrennt Millionen“ nach und veröffentlichten regierungsamtliche Details zu den Gründen. So sei im Gegensatz zu 2017 ein 30-prozentiger Risikozuschlag für Baukostensteigerungen enthalten; dieser sei aufgesattelt worden aufgrund einer Untersuchung des Finanzministeriums über Baukostensteigerungen an anderer Stelle mit dem Ergebnis, dass bei 17 aller Baumaßnahmen Kostensteigerungen bis zu 20 Prozent entstanden, wofür die gute Baukonjunktur verantwortlich sei. Das sei Anlass gewesen, dass die Finanzministerin „nun“ mit einem Risikopuffer kalkuliere. Im Übrigen sei ein „Einsatztrainingszentrum“ der Polizei in Mühlhausen-Ehningen geplant und der Finanzminister habe für 55 Millionen Euro 479 zusätzliche Personalstellen angemeldet.

Nach anderer Quelle (Badische Zeitung vom 30. Juni 2018) rechne Innenminister Strobl mit Kosten von bis zu 204 Millionen Euro bis 2026. Im Juli 2017 hatte sein Haus die Gesamtkosten noch auf rund 100 Millionen Euro beziffert.

Den Antragstellern ist nicht zuletzt die Diskrepanz dieser Zahlen unklar.